

## Große Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 04.12.2009

### Politik der Landesregierung für den ländlichen Raum

Niedersachsen ist das zweitgrößte Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland und weist mit 7,97 Millionen Einwohnern eine mittlere Bevölkerungsdichte auf (167 Einwohner/km<sup>2</sup>), bei einer Fläche von 47 625 qkm. Zum Vergleich: Der Bundesdurchschnitt liegt bei 230 Einwohner/km<sup>2</sup>. Die Gebiete im „Speckgürtel“ um Hamburg können von der Entwicklung des benachbarten Zentrums insbesondere durch den Zuzug von Wohnbevölkerung, die Ansiedlung von Arbeitsplätzen oder durch Unternehmensgründungen und -erweiterungen profitieren. Allerdings sind dabei auch nachteilige Effekte wie wachsende Verkehrsströme, zunehmende Flächennutzungskonflikte und Belastungen natürlicher Ressourcen in Kauf zu nehmen.

In den peripheren ländlich geprägten Räumen nehmen Probleme wie Strukturschwäche, unzureichende wirtschaftliche Entwicklung, hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Einkommen und gravierende Defizite bei Infrastruktureinrichtungen zu. Die einhergehende Abwanderung von jungen und qualifizierten Menschen führt zu demografischen Veränderungen und gefährdet diese Räume in ihrem Bestand als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume sowie funktionsfähige Kulturlandschaften.

Obwohl das Ziel besteht, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes zu schaffen, also in den jeweiligen Teilräumen ausgeglichene wirtschaftliche, infrastrukturelle, soziale, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben, fehlt es bislang an einem tragfähigen Konzept zur Entwicklung der strukturschwachen ländlichen Räume. Es besteht die Notwendigkeit, diese Regionen in besonderem Maß staatlich zu fördern und die Wirksamkeit der angewandten Methoden und eingesetzten Mittel zu prüfen sowie Schlussfolgerungen zu ziehen.

Wir fragen die Landesregierung:

- I. Ziel der Entwicklung ländlicher Räume
  1. Nach welchen Kriterien werden ländliche Räume zu anders geprägten Gebieten abgegrenzt?
  2. Verfolgt die Landesregierung eine spezielle „Politik für den ländlichen Raum“? Wodurch ist diese gekennzeichnet?
  3. Welche Regionen Niedersachsens gelten als besonders strukturschwach und förderbedürftig, worin werden die Hauptursachen gesehen?
  4. Welche konkrete Ausgestaltung erfährt „Politik im ländlichen Raum“ (bitte an einer Beispielregion verdeutlichen)?
  5. Auf welche Erfahrungen anderer Bundesländer wird zurückgegriffen? Gibt es Beispiele für länderübergreifende Zusammenarbeit, um Entwicklungen zu forcieren und zu beschleunigen, und, wenn ja, welche?
  6. Mit welchen charakteristischen Veränderungen des ländlichen Raums rechnet die Landesregierung in den nächsten Jahren?

- II. Internationale und nationale Rahmenbedingungen für die Förderung ländlicher Räume
7. Welche internationalen Vereinbarungen und europäischen Regelungen sind speziell auf Entwicklungen im ländlichen Raum ausgerichtet, welche grundsätzlichen Festlegungen werden darin getroffen?
  8. In welchem Umfang wurden welche Fördermittel seit dem Jahr 2000 für welche Projekte der Entwicklung ländlicher Räume eingesetzt (bitte Darstellung nach kommunalen Mitteln, Landes- und Bundesmitteln sowie den unterschiedlichen Mitteln der Europäischen Union)?
  9. Welche Fördermaßnahmen außerhalb der EU-Strukturförderung sind auf Landesebene explizit für die Entwicklung des ländlichen Raums konzipiert worden? Legt die Landesregierung ihren Schwerpunkt hierbei stärker auf sektorale oder regionale Förderung?
  10. Wie gestaltet sich in Niedersachsen das Verhältnis von Planung und Umsetzung der Förderperiode 2007 bis 2013 der Europäischen Union (bitte nach den einzelnen Förderprogrammen darstellen)?
  11. Wie bewertet die Landesregierung Umsetzung und Stand der Konvergenzförderung für die Region Lüneburg? Inwieweit lassen sich Effekte zwischen Mittelzufluss und Strukturverbesserung quantifizieren?
  12. Welche anderen Regionen - außer Lüneburg/Lüchow-Dannenberg - sind in Niedersachsen strukturell besonders benachteiligt? Welche Berücksichtigung finden diese in der aktuellen sowie in der geplanten Förderpraxis der Landesregierung?
  13. Für welche Politik- und Gesellschaftsbereiche sieht die Landesregierung Defizite bei der Förderung ländlicher Räume in Niedersachsen?
  14. Welche Förderprojekte haben sich aus Sicht der Landesregierung besonders bewährt? Welche konkreten Konsequenzen plant die Landesregierung hieraus für ihre weitere Förderpraxis?
  15. Wie bewertet die Landesregierung die einzelnen Leitlinien der Förderprogramme der Europäischen Union hinsichtlich der Armutsbekämpfung in strukturschwachen Regionen (bitte an konkreten niedersächsischen Beispielen erläutern)?
  16. Welche Ansätze und Ideen verfolgt die Landesregierung bezüglich einer etwaigen Reformierung der EU-Förderprogramme im Bereich des jeweiligen Verfahrens und hinsichtlich der Förderinhalte?
- III. Arbeiten und Leben im ländlichen Raum
- Wirtschaftliche Entwicklung - Soziale Entwicklung
17. Wie hat sich insgesamt die soziale Situation der Menschen in den ländlichen Regionen in Niedersachsen innerhalb der letzten 20 Jahre entwickelt (bitte nach Einkommensgruppen und in Fünfjahresschritten darstellen)?
  18. Wie entwickelte sich innerhalb der letzten 20 Jahre der Zu- und Wegzug im ländlichen Raum in den einzelnen Landkreisen in Niedersachsen (bitte in Fünfjahresschritten darstellen, sowie nach Alter und Geschlecht aufschlüsseln)?
  19. Welche Daten liegen der Landesregierung bezüglich der sozialen Ausformung des Zu- und Wegzugs im ländlichen Raum vor (bezüglich der Item: Bildungsabschluss, Berufstätigkeit und Einkommenshöhe)?
  20. Wie schätzt die Landesregierung die Problematik von Wohnfluktuation in niedersächsischen ländlichen Regionen allgemein ein? Welche Landkreise und Orte sind nach dieser Einschätzung von speziellen Problemen wie Überalterung und Wohnraumleerstand bedroht bzw. bereits betroffen (bitte auflisten nach einzelnen Regionen)?

21. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung für Ortschaften, die zu einem erheblichen Teil verlassen werden?
22. Welche flankierenden Maßnahmen bestehen neben der direkten Förderung, um die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum nachhaltig zu stabilisieren?
23. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Ansiedlung von Gewerbe vorrangig auf bereits erschlossenen Flächen und Gewerbebrachen erfolgen sollte, und, wenn ja, wie nimmt sie darauf Einfluss?
24. Welche Modellprojekte, Demonstrations- und Forschungsvorhaben für die Ansiedlung von im ländlichen Raum bisher nicht ansässigen Branchen oder sonstigen wirtschaftlichen Aktivitäten sind der Landesregierung bekannt, und wie werden diese gefördert?
25. Welche speziellen Forschungsvorhaben im wirtschaftswissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Bereich von welchen Institutionen dienen der Untersuchung wirtschaftlicher Potenziale ländlicher Räume, und wie werden diese gefördert?
26. Wie findet der Transfer von Forschungsergebnissen zwischen diesen Institutionen und lokalen Akteuren statt? Welche Vorstellungen hat die Landesregierung, regionale Innovationspotenziale zu vernetzen, bzw. sind derartige Beispiele bekannt?

#### IV. Agrarwirtschaft

27. Wie schätzt die Landesregierung den gegenwärtigen Stellenwert der Agrarwirtschaft mit der Land-, Forst- und Fischwirtschaft sowie mit dem Gartenbau und der Landschaftspflege, aber auch mit den Bereichen Wasserwirtschaft, Ernährungsgewerbe und Handel im Gefüge der ländlichen Räume ein, und wie wird sich dieser nach Meinung der Landesregierung künftig entwickeln?
28. Welche Meinung vertritt die Landesregierung zur multifunktionalen Rolle der Landwirtschaft? Unterstützt die Landesregierung die Auffassung, dass die weitere Liberalisierung unter europäischen Bedingungen nur machbar ist, wenn der Landwirt künftig finanzielle Ausfälle bei Marktgütern durch eine Vergütung von Gemeinwohlleistungen (z. B. Naturschutz- und Landschaftspflegeleistungen) kompensieren kann?
29. Welche Anforderungen stellt die Landesregierung an das zukünftige System der Agrarförderung?
30. Welche Erwartungen verbindet die Landesregierung mit der neuen EU-Agrarpolitik?
31. Welche Position vertritt die Landesregierung zur Sicherung der flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft?
32. Wie schätzt die Landesregierung die wirtschaftliche Situation der niedersächsischen Agrarbetriebe und besonders der Milchbetriebe vor dem Hintergrund der nach wie vor sehr unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Europäischen Union ein? Welchen Beitrag leistet die Landesregierung, um Landwirten in benachteiligten Regionen ein Überleben zu sichern?
33. Welche Auffassung hat die Landesregierung zur beschlossenen Abschaffung der Milchquoten durch die EU? Mit welchen Mitteln gedenkt die Landesregierung eine Milchüberproduktion und ein Massensterben der Milchbetriebe in Niedersachsen zu verhindern?
34. Welche Auswirkungen auf die ländlichen Räume Niedersachsens erwartet die Landesregierung in Abhängigkeit von den Entwicklungen auf dem Agrarsektor?
35. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass Projekte und Initiativen zur Förderung der Direktvermarktung und Verarbeitung regionaltypischer Produkte nicht nur aus agrarpolitischer, sondern auch aus umwelt- und arbeitsmarktpolitischer Sicht unbedingt mehr Beachtung finden sollten, wenn ja, in welchem Umfang werden dafür zukünftig Mittel zur Verfügung stehen?

36. Der in Niedersachsen stagnierende Anteil von 2,6 % am Ökolandbau liegt deutlich unter dem Bundesschnitt von 5 %. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung für niedersächsische Landwirte, auf dem boomenden Markt für ökologische Lebensmittel Fuß zu fassen, und mit welchen Instrumenten werden diese unterstützt?
  37. Beabsichtigt die Landesregierung, mit ihrer Politik für den ländlichen Raum Einfluss auf die Standortverteilung der Agrarproduktion und der Verarbeitung von Agrarprodukten zu nehmen? Wenn ja, gibt es in diesem Zusammenhang Überlegungen zur Veränderung der Massentierhaltung hin zu einer beschäftigungsintensiven und artgerechten Tierhaltung und zu ihrer hochwertigen Verarbeitung?
  38. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Vogelgrippe, die die niedersächsische Geflügelwirtschaft besonders hart getroffen hat? Wie viele neue Geflügelställe sind nach Erkenntnissen der Landesregierung in Niedersachsen geplant?
  39. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, künftig auch einen größeren Abnehmerkreis mit Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen (z. B. biologisch abbaubaren Schmierstoffen, Faserverbundstoffen, abbaubaren Verpackungen und ökologischen Baustoffen) zu bedienen?
  40. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung der Produktion und dem Einsatz erneuerbarer Energien wie Biodiesel und Pflanzenöl aus Raps und Biogas aus Biomasse bis hin zur energetischen Nutzung des ungenutzten Holzpotenzials der niedersächsischen Wälder bei?
  41. Welche finanzielle Förderung kann durch Erzeuger, lokale und regionale Initiativen, Wissenschaft und Forschung sowie den Handel in Anspruch genommen werden? Welche Unterstützung gewährt das Land insbesondere bei der Einführung von Biogas als Treibstoff?
  42. Wie viele landeseigene Flächen wurden bisher für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen genutzt, und wie gedenkt die Landesregierung in Zukunft damit umzugehen?
  43. Wie viel pflanzliches Eiweiß importiert die niedersächsische Landwirtschaft für Futtermittelzwecke, welcher Anteil davon ist gentechnisch belastet, und was gedenkt die Landesregierung zur Förderung des Anbaus einheimischer Eiweißfutterpflanzen zu unternehmen?
- V. Ländliche Infrastruktur
44. Welche Auswirkungen auf die kommunale Infrastruktur werden sich nach Meinung der Landesregierung aus der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum ergeben? Mit welchen Maßnahmen will sie möglichen negativen Tendenzen begegnen?
  45. Wie bewertet die Landesregierung die derzeitige Erreichbarkeit der Kreisstädte mit öffentlichen Verkehrsmitteln von den jeweiligen kreisangehörigen Dörfern aus?
  46. Was ist für den ländlichen Raum vorgesehen, um deren Bahnhöfe und Haltepunkte im Eisenbahnverkehr attraktiver zu gestalten?
  47. Welche Vorstellungen hat die Landesregierung in Bezug auf die Neugestaltung von Förder Richtlinien, um dem Investitionsbedarf für Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum gerecht zu werden?
  48. In welchen Bereichen der technischen und sozialen Infrastruktur der ländlichen Räume werden die gegenwärtig gravierendsten infrastrukturellen Probleme gesehen?
  49. Wie entwickelte sich die Anzahl der Postämter sowie der Postagenturen im ländlichen Raum in Niedersachsen in den Jahren 2000, 2005 und 2008?
  50. Wie soll die postalische Versorgung im ländlichen Raum Niedersachsens künftig erfolgen angesichts der bekannt gewordenen massiven Schließung von Postämtern seitens der Deutschen Post AG?

51. Sind spezielle Situationen in ländlichen Gebieten bekannt, die durch Probleme bei der Versorgung älterer und in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen in ländlichen Gebieten gekennzeichnet sind? Mit welchen Strategien und Maßnahmen reagiert die Landesregierung auf die demografische Entwicklung in Richtung eines höheren Durchschnittsalters vor allem in den ländlichen Regionen, die zu nachteiligen sozialen Strukturen führen?
52. Wie beurteilt die Landesregierung die Auffassung, dass die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum in den kommenden fünf bis zehn Jahren nicht mehr wohnortnah gewährleistet werden könne?
- VI. Bildung, Kultur, Sport und andere Freizeitgestaltung
53. Welche Bedeutung misst die Landesregierung den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen für die Entwicklung des ländlichen Raums bei?
54. Wie hoch ist der Anteil an Gemeinden in Niedersachsen, die über kein vollständiges Angebot an weiterführenden Schulen verfügen (Angaben bitte aufgeschlüsselt nach Schulform, im Vergleich zum Jahr 2000 sowie aufgegliedert nach folgenden Gemeindegröße: ≤ 1 000 Einwohner, zwischen 1 000 und 5 000 Einwohner, zwischen 5 000 und 10 000 Einwohner, zwischen 10 000 und 20 000 Einwohner)?
55. Wie bewertet die Landesregierung die Altersstruktur der Lehrkräfte im ländlichen Raum?
56. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die Studienanfängerquote von Studienberechtigten aus dem ländlichen Raum?
57. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die Mobilitätsbereitschaft von Studienanfängerinnen und -anfängern aus dem ländlichen Raum?
58. Gibt es in Anbetracht der Bevölkerungsentwicklung und -prognosen für den ländlichen Raum auf langfristige Zeiträume ausgerichtete Konzeptionen für die Entwicklung der Bildungslandschaft und, falls ja, welche?
59. Wie bewertet die Landesregierung die kulturellen Angebote im ländlichen Raum in Bezug auf
- Theater, Bühnen und die jeweiligen Spielpläne,
  - Museen und Ausstellungen,
  - Kinos,
  - soziokulturelle Einrichtungen und Vereine,
  - Tierparks und Zoos,
  - Ateliers und Veranstaltungen der bildenden Kunst,
  - Sportplätze und Sportvereine?
60. Worauf stützt die Landesregierung ihre Einschätzung? Welche regionalen Unterschiede sieht sie?
61. Welche Bedeutung misst die Landesregierung den oben genannten Angeboten bei?
62. Wie werden in diesem Zusammenhang der Zustand der Infrastruktur, der Investitionsbedarf und die personelle Situation eingeschätzt?
63. In welcher konkreten Form und in welcher finanziellen Höhe unterstützt die Landesregierung die Kommunen bei der Errichtung bzw. dem Erhalt von Kultur-, Jugend- und Freizeiteinrichtungen und deren personelle Besetzung?

- VII. Kommunalpolitik im ländlichen Raum - Gebietsstruktur und Verwaltung
64. Wie bewertet die Landesregierung die Wirksamkeit der kommunalen Verwaltungsstruktur im ländlichen Raum, bezogen auf die gegenwärtigen Erfordernisse?
  65. Wie wirkt sich die Krise auf die Einnahmesituation von Städten und Gemeinden im ländlichen Raum aus?
  66. Welche Bedeutung hat speziell die Gewerbesteuer unter den Bedingungen der Krise für die Einnahmesituation von Städten und Gemeinden im ländlichen Raum?
  67. Wie wird die Finanzierung der Landkreise im ländlichen Raum eingeschätzt? Wie hat sich die Kreisumlage als eine traditionell wichtige Methode für die Finanzierung der Landkreise angesichts der in der Krise wegbrechenden Einnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bewährt?
  68. Wie wird die Wirkung des niedersächsischen kommunalen Finanzausgleichs für die Finanzierung der Städte und Gemeinden angesichts wegbrechender Steuereinnahmen des Landes Niedersachsen eingeschätzt? Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung gegebenenfalls daraus?
  69. In welchen ländlich strukturierten Regionen Niedersachsens besteht eine besonders angespannte kommunale Finanzsituation, und wie will die Landesregierung damit fertig werden? Welche Städte und Gemeinden bzw. Samtgemeinden sind angesichts ihrer dramatischen finanziellen Situation bereits zwangsverwaltet?
  70. Wie beurteilt die Landesregierung die Bereitschaft von Bürgern, sich im Sinne des Allgemeinwohls für die Gestaltung des eigenen Lebensumfelds und der Lebensbedingungen verantwortlich zu fühlen? Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, vorhandenes Engagement zu unterstützen?
  71. Wie bewertet die Landesregierung die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, Vorhaben und Projekte mit besonderen Auswirkungen in ihrer ländlichen Umgebung zu verhindern bzw. gestalterisch mitzuwirken?
- VIII. Umsetzung und Effektivität der Politik für die ländlichen Räume
72. Wie koordinieren die Ministerien die Maßnahmen für die ländlichen Räume?
  73. Welche besonderen Anforderungen ergeben sich für die Landesregierung aus der konsequenten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips bei der Politik für den ländlichen Raum?
  74. Wie erfasst und kontrolliert die Landesregierung die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen für die ländlichen Regionen? Welche Ansätze erwiesen sich als besonders erfolgreich, und welche sollen zukünftig korrigiert werden?

Christa Reichwaldt  
Parlamentarische Geschäftsführerin